



Schulsozialarbeit sichern!

Kommunale Familie stärken!

Rede von

Gerhard Zorn

**Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

zum

Haushalt 2015

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt wurde durch den Landrat eingebracht mit dem Hinweis, dass trotz insgesamt steigender Einnahmen die Kommunen weiterhin strukturell unterfinanziert sind. Dies betrifft alle Kommunen im Kreis!

Wir treffen diese Feststellung jedes Jahr! Und hierin sind wir uns einig! Ich will dies in diesem Jahr mit drei konkreten Hinweisen verbinden:

1. Es trifft zu, dass die angekündigten 5 Mrd. € vom Bund zur Entlasten bei den sozialen Leistungen 2018 zu spät kommen. Es muss erwartet werden, dass die Mittel dann schon nicht mehr ausreichen, die Mehrkosten aufzufangen.

Das Wahlversprechen der schwarzen Null im Bund wird eben auch durch die bewusste Inkaufnahme von Steuererhöhungen in den Kommunen erkaufte.

2. Im November hat der Arbeitskreis Steuerschätzung seine Prognose für 2015 korrigiert. Die Steuereinnahmen steigen, aber nicht so stark. Gegenüber der Prognose im Mai reduziert sich das erwartete Aufkommen durch die schwächere Konjunktorentwicklung um 4,6 Mrd. €. Der Bund ist mit 0,5 Mrd. € betroffen, die Länder und Kommunen mit 4,1 Mrd. € – also 90 %.

Dies zeigt auch: Die Systematik der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist falsch. Der Anteil von Ländern und Kommunen am Gesamtsteueraufkommen ist deutlich zu erhöhen.

Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur darin bestehen, freiwillige Leistungen auf null zu reduzieren und gleichzeitig die kommunalen Hebesetze zu verdoppeln.

3. Steueroasen wie Luxemburg sind endlich zu schließen. Es bringt mich wirklich auf die Palme, wenn weltweit tätige Konzerne ihre Gewinne nur mit weniger als 5 % in **Juncker-Land Luxemburg** versteuern.

Die Handwerker und kleinen Mittelständler vor Ort müssen uneingeschränkt Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer zahlen, während Bund, Ländern und Kommunen Milliarden durch illegale Tricks oder legale Brücken ins Steuerparadies verlieren. Wo bleibt eigentlich zu diesem Thema der Aufstand der Mittelstandsvereinigung in der CDU?

Insgesamt müssen wir alle gegen diese Entwicklungen viel stärker angehen. Denn in der Summe gefährdet diese Entwicklung nach meiner Überzeugung den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft viel mehr als z.B. die Zahl der Menschen, die durch Krieg, Bürgerkrieg und religiöse Verfolgung zu uns flüchten.

Meine Damen und Herren,

wir werden gleich die erste Rede für die AfD zum Haushalt in diesem Kreistag hören. Sie haben sich angewöhnt, darauf hinzuweisen, wie viel sie noch lernen müssen – als Neue. Sie stellen uns Fragen – zuletzt im Kreisausschuss zum Konnexitätsprinzip. Sie erwarten Antworten. Dies ist ihr gutes Recht.

Ich erwarte heute von ihnen eine klare Absage gegenüber rechtspopulistischen Tendenzen, fremdenfeindlichen Initiativen und rechter Gewalt.

In Dresden und anderswo rufen unter dem Namen Pegida rechte und rechtsextreme Gruppierungen zu Veranstaltungen auf. Ihr Bundesvorsitzender zeigt Sympathie. AfD-Bundesvorstandsmitglied Gauland erklärt gegenüber der Süddeutschen Zeitung die AfD zum natürlichen Verbündeten dieser Bewegung. Die AfD gibt damit dieser menschenverachtenden Initiative den Anschein bürgerlicher Zustimmung und Anerkennung. Sie unterstützt so rechte Gewalt.

Ich erwarte heute von Ihnen eine Aussage dazu! Das ist unser gutes Recht!

Meine Damen und Herren,

die SPD-Kreistagsfraktion steht dazu, die sparsame Haushaltsführung fortzuführen. Auch wir wollen weiterhin die Ausgleichsrücklage einzusetzen, um die kreisangehörigen Kommunen unmittelbar zu entlasten.

Wir schlagen vor, den Antrag der FDP in den Finanzausschuss zu verweisen. Wir sind gegen eine nochmalige flächendeckende Produktkritik. Aber es macht Sinn, das Erreichen der Ziele des Antrags mit anderen Methoden zu prüfen.

Nach wie vor halten wir es für richtig, zu einzelnen Punkten einen interkommunalen Vergleich der vier Trägerkreise der Kreissparkasse Köln – Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer und Oberbergische Kreis – herbeizuführen. Zwischen den vier Kreisen findet ein regelmäßiger Austausch statt. Dieser ist zu verstärken. Schauen wir hin, wer welche Aufgabe effektiver erfüllt und ob die anderen dies übernehmen können.

Wir haben gerade der Einrichtung einer 0,75 Stelle für die Aufgabe Betreuungsgeld zugestimmt. Ich wiederhole meine Bitte zu prüfen, ob es für alle vier Kreise kostengünstiger ist, diese Aufgabe bei einem Kreis anzusiedeln. Wir müssen die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Kreisen oder den Kommunen für alle Aufgaben klären, die auf weniger als zwei Stellen bearbeitet werden.

Meine Damen und Herren,

eine Entlastung der Kommunen kann nicht nur dadurch erfolgen, dass wir Kosten beim Kreis vermeiden. Wichtig ist, auf die Gesamtbelastung der kommunalen Familie im Kreis zu achten. Dies ist unser Maßstab, nicht allein die Kreisumlage!

Eine Entlastung der Kommunen kann auch dadurch erfolgen, dass der Kreis Aufgaben übernimmt, die sinnvoller Weise über den Kreis organisiert und finanziert werden. Dies macht Sinn, wenn der Kreis seine Ausgleichsfunktion wahrnimmt oder eine Aufgabe insgesamt kostengünstiger organisieren kann.

Der Ausbau der Breitbandversorgung ist hierfür ein gutes Beispiel.

Selbstverständlich steht die SPD dazu, den Breitbandausbau für die privaten Haushalte unter Nutzung der Fördermöglichkeiten des Bundes voranzutreiben.

Dass dies im Kern eine Aufgabe der kreisangehörigen Kommunen ist, dürfte niemand ernsthaft bestreiten. Die Wahrnehmung der Aufgabe durch den Kreis ist aber dennoch sinnvoll. Einigen Kommunen wäre sonst eine Finanzierung selbst dieser Zukunftsaufgabe nicht möglich.

Bei den Sondierungsgesprächen zwischen CDU und SPD hat die Diskussion zu diesem Punkt keine Minute gedauert. Wir waren uns einig! Schnelles Internet ist entscheidend für die Zukunft des Standortes Rhein-Berg.

Es ist richtig, den Ausbau der Breitbandversorgung im Kreis durch Nutzung des Programms von CDU und SPD im Bund voranzutreiben. Mit ihnen in einen Wettbewerb über die höchste oder niedrigste Eigenbeteiligung einzutreten, war aber wenig sinnvoll. Daher haben wir hierzu auf einen eigenen Antrag verzichtet.

Dem Antrag der Grünen für ein Mobilitätskonzept haben wir zugestimmt, als die Grünen noch mit uns in der Opposition waren. Wir werden unsere Auffassung hierzu nicht ändern, nur weil sie jetzt mit der CDU kooperieren.

Wir erwarten, dass hier einerseits über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Mobilität insgesamt und im ÖPNV speziell diskutiert wird. Was bedeutet dies für die Erreichbarkeit aller Wohnquartiere auch in ländlich geprägten Regionen des Kreises? Welche Folgen hat der Rückgang der Schülerzahlen? Gibt es hierzu unterschiedliche Entwicklungen innerhalb des Kreises?

Im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes, das diesem Anspruch genügt, muss aber auch über die Beseitigung innerstädtischer Staus und den Transport von Waren und Gütern im Kreisgebiet gesprochen werden.

Die SPD steht zum Industrie- und Gewerbestandort Bergisch Gladbach. Das Mobilitätskonzept des Kreises muss daher auch rückgekoppelt werden zu einer umfassenden Gewerbestrategie. Wir müssen wieder Gewerbe in den Kreis holen, statt es wie heute in die Nachbarschaft ziehen zu lassen. Nur Wohnen und Arbeiten ist ein Zukunftsmodell für Kreis und Kommunen.

Meine Damen und Herren,

für die SPD-Fraktion möchte ich Herr Eckel und seinem Team unseren ausdrücklichen Dank für Ihre Arbeit aussprechen. Im Ergebnis haben aber alle Mitarbeitende der Kreisverwaltung aktiv daran mitgewirkt, das Saldo im konsumtiven Teil des NKF-Haushalts 2014 in Höhe von 4,6 Mio. € zum Stand 30.09. im Vergleich zum Haushaltsplan zu verbessern. Statt einem geplanten Defizit für 2014 von 5,3 Mio. € gehen wir heute von 1,6 Mio. € Defizit aus. Daher möchte ich ausdrücklich den Dank an den Kämmerer mit dem Dank an alle Mitarbeitenden verknüpfen. Ich bitte den neuen Vorsitzenden des Personrates dies weiterzugeben.

Große Sorge bereitet uns die gemäß aktuellem Personalbericht festgestellte Krankenquote beim Kreis für 2013 in Höhe von fast 6 %. Und wenn von 108 nur 61 ein Gesprächsangebot bei längerer bzw. öfter auftretender Erkrankung annehmen, spricht dies gegen ein als gut und offen empfundenes Angebot.

Herr Dr. Tebroke, die SPD erwartet, dass sie sich dieser Frage persönlich annehmen und Vorschläge zur Verbesserung machen.

Meine Damen und Herren,

die Sozialarbeit an Schulen ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Dies ist die Aussage von Schulministerin Sylvia Löhrmann – Grüne.

Der Landrat hat die Entscheidung des Landes, den überwiegenden Teil der Kosten für die Schulsozialarbeit zu übernehmen, als sehr erfreuliche Nachricht bezeichnet. Die zusätzliche Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sei ein großer Gewinn für die Kinder und Jugendlichen im Kreis.

Nein – nicht Dr. Tebroke, sondern Landrat Spelthahn vom Kreis Düren – CDU! Er sagt: "Junge Menschen frühzeitig zu fördern, damit sie sich bestmöglich entwickeln können, ist ... viel sinnvoller, als sie ... als Erwachsene über lange Zeit in sozialen Netzen auffangen zu müssen." Er hat Recht.

Als Schritt in die richtige Richtung bezeichnen Landrat Petrauschke – CDU – vom Rhein-Kreis Neuss die Zusage des Landes. Nach Angaben des dortigen Sozialdezernenten ist es den Schulsozialarbeitern zu verdanken, dass gut 90 % der Anspruchsberechtigten die Leistung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nutzen.

Der Städtetag, der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund NRW haben gemeinsam erklärt, es sei gut und wichtig, dass das Land die Schulsozialarbeit in einem so deutlichen Umfang zu unterstützen. Wörtlich heißt es: „Es ist zu begrüßen, dass die finanziell schwächeren Stärkungspaktkommunen bzw. Nothauskommunen einen geringeren Eigenanteil beisteuern müssen.“ Damit hat der Landkreistag den unterschiedlichen Förderquoten ausdrücklich zugestimmt.

Die Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen Kreises beurteilt die Arbeit der Schulsozialarbeit im September vergleichbar positiv. Frau Wöber-Servaes im Sozialausschuss und Herr Heimann im Schulausschuss haben sehr positive Bewertungen für die CDU-Fraktion abgegeben.

Herr Heimann hat erklärt, dass eine Fortführung der Schulsozialarbeit allein aus kommunalen Mitteln nicht möglich ist. Dem stimmt die SPD ausdrücklich zu. Das Programm der Schulsozialarbeit kann in drei Jahren nicht in gleichem Umfang fortgesetzt werden, wenn der eigentlich zuständige Bund weiter eine Finanzierung verweigert und Land eine anteilige Finanzierung nicht fortsetzen kann.

Das Ziel von SPD und Grünen im Land ist, Kommunen und Schülerinnen und Schüler nicht im Regen stehen zu lassen. Sigrid Beer, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin der Grünen für Schulpolitik im Landtag NRW sagt hierzu, dass wir nicht zulassen wollen, dass diese Arbeit wegbricht. Richtig!

Elisabeth Paul, schulpolitische Sprecherin der Grünen in der Städteregion Aachen erklärte aus kommunaler Perspektive: „Die Schulsozialarbeit ist für die Umsetzung von mehr Bildungsgerechtigkeit von großer Bedeutung. ... Schulsozialarbeit leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und Sucht. Außerdem brauchen die vielen Flüchtlinge, die ... – teils schwer traumatisiert – zu uns kommen, große Hilfe, um ihr Schicksal zu verarbeiten und um sich bei uns integrieren zu können.“ Sehr richtig! Hierin unterscheidet sich unser Kreis nicht von der Städteregion Aachen!

Mir wurde mitgeteilt, dass CDU und Grüne an Ihrem Antrag festhalten. Dann findet unser Antrag zur Schulsozialarbeit keine Mehrheit.

Wenn beide Fraktionen hier im Kreis diese Arbeit der Schulsozialarbeit nicht fortführen wollen, dann sagen sie dies klar und eindeutig. Aber bitte führen sie die Menschen nicht in die Irre mit der Behauptung, dass eine Finanzierung über die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen überall funktioniert.

Der Bürgermeister von Burscheid, Herr Caplan (CDU), hat hierzu klare Worte gefunden. Er sagt völlig zu Recht, dass sich bei Umsetzung des Beschlusses von CDU und Grünen eine Situation ergäbe, dass einige Städte das finanzieren können, andere nicht. Es ergäbe sich keine einheitliche Bildungslandschaft kreisweit.

Ich frage die Mitglieder der Fraktionen von CDU und Grüne: Wollen Sie dies wirklich. Nehmen Sie wirklich billigend in Kauf, dass in der vom Kreis mitgestalteten Bildungslandschaft unterschiedliche Unterstützung geleistet wird für die, die dringend Unterstützung brauchen.

Die SPD will in allen Kommunen des Kreises kein Kind zurücklassen.

Nur über den Antrag der SPD werden die Kommunen aktuell entlastet. Über den Antrag von CDU und Grünen werden erstmals Aufgaben, die der Kreis wahrnehmen könnte, vom Kreis den Kommunen zugeschoben.

Nur über den Antrag der SPD nimmt der Kreis seine Ausgleichsfunktion wahr. Über den Antrag von CDU und Grünen werden ausgerechnet im Bereich Bildung ungleiche Bedingungen geschaffen.

Nur über den Antrag der SPD ist die Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang für drei Jahre gesichert. Über den Antrag von CDU und Grünen ist alles offen.

Nur über den Antrag der SPD wird die kommunale Familie insgesamt gesehen und gestärkt.

Wir halten an unserem Antrag fest! Ich lade jedes Mitglied des Kreistages noch einmal ein, sich zur Einheit des Kreises in Fragen der Bildung zu bekennen und unserem Antrag zur Mehrheit zu verhelfen.

Der Ausgang der Abstimmung entscheidet über unsere Zustimmung zum Haushalt 2015.